

dienstbar gemacht. Während die englische Militärverwaltung, antisemitisch unterkelt wie jede Militärverwaltung, die arabischen Großgrundbesitzer und ihre Ansprüche begünstigte, und während die Zivilverwaltung (ungefähr wie die im nahen Osten geschaffenen deutschen Zivilverwaltungen gegen Ende des Krieges, nur verhüllt) den Geist des militärischen Regimes übernahmen, in beständiger Angst vor dem Gespenst des Bolschewismus, gingen die tapferen jüdischen Sozialisten leidenschaftlich daran, das Land aufnahmefähig zu machen für immer neue Einwandererscharen, Malaria zu beseitigen, Wälder zu pflanzen aus Eukalyptus, der schnell wächst, Kindergärten, sogar ein Kinderdorf zu errichten und, die finanziell beständig gefährdete Zionistische Organisation als einzige Stütze und Deckung hinter sich, das Vorwärtseinstreben zu leisten, das auf dieser Erde von kleinen Gruppen vollbracht wird. Diese Männer tragen keinen hetzerischen und imperialistischen Völkerhaß mit sich, wohl aber den Geist der zu jedem Opfer bereiten Pionier einer besseren Gestaltung der Erde; und wenn sie als Juden und Sozialisten die Gewalttätigkeit jedes Militarismus doppelt verneinen, bejahen sie damit doch auch das Recht auf ihr eigenes gesichertes Arbeiten und auf Schutz gegen Ueberfälle. Kein Sozialist, ja kein vorurteilsloser Mensch, der sie in Palästina gesehen hat, spricht anders von ihnen als mit höchster Achtung und Liebe.

Heute nun wenden sie sich an die europäische Öffentlichkeit; sie brauchen ihre moralische Unterstützung, um im Kampfe mit all den Gegenkräften nicht zu unterliegen. Unserer, der geistigen Arbeiter, sind sie gewiß. Das bißchen Einfluß, das man als einzelner besitzt, wird zu ihrer Verfügung stehen. Aber ob das Kulturgewissen europäischer Massen und Organisationen in diesem zehnjährigen Niedergang noch so wach und geschärft ist, um Menschen zu Hilfe zu kommen, die für eine friedliche und aufbauende Vergrößerung des Ansehens europäischer Männer an der asiatischen Küste Fuß gefaßt haben? Es wird viel abhängen von der Antwort auf diesen Appell des arbeitenden Palästinas; viel für Palästina, aber noch viel mehr für diejenigen, die diese letzten zehn Jahre hindurch bei jeder Gelegenheit die Macht der Reaktion gestärkt und die des Sozialismus geschwächt haben.

Mischehen bei Juden in Rußland

Berlin. Interessantes Material über Mischehen und Ehescheidungen bei der jüdischen Bevölkerung Rußlands hat jetzt die Sektion für Wirtschaft und Statistik des Jiddischen Wissenschaftlichen Instituts (JWO) bearbeitet. Die veröffentlichten Ziffern beziehen sich auf die Ukraine und betreffen die Jahre 1924, 1925, 1926 und 1927, auf das europäische Großrußland, d. h. auf die Sowjet-Republik (RSFSR) ohne den asiatischen Teil (1925, 1926 und 1927) und auf Weißrußland (1926). Des Vergleiches wegen werden auch die Prozente der Mischehen bei Russen, Ukrainern, Weißrussen und Deutschen gebracht. Die Ziffern sind auf je 100 Eheschließungen der betreffenden Nationalität berechnet, für die Ukraine und Weißrußland noch dazu gesondert für Männer und für Frauen.

In der Ukraine haben von 100 Männern, die Ehen eingegangen sind, fremde, nicht derselben Nationalität angehörigen, Frauen geheiratet: bei Juden 3.6 (im Jahre 1924), 4.1 (1925), 4.4 (1926) und 4.8 (1927); bei Russen 28.0 (1924), 35.7 (1925), 31.5 (1926) und 30.4 (1927); Polen 25.9, 38.3, 33.0 und 30.2; bei Deutschen 10.5, 11.4, 11.6 und 11.5. Von 100 eheschließende Frauen haben fremde, nicht derselben Nationalität angehörige Männer geheiratet: bei Juden 4.1 (1924), 4.4 (1925), 4.8 (1926) und 5.1 (1927); bei Russen 18.9, 26.0, 24.0 und 23.8; bei Polen 28.0, 40.6, 34.8 und 33.6; bei Deutschen 9.3, 10.2, 10.3 und 10.7.

Im europäischen Großrußland waren unter 100 Eheschließungen Mischehen: bei Juden 18.8 (1925), 25.0 (1926) und 27.2 (1927); bei Ukrainern 10.1, 12.7 und 14.3; bei Weißrussen 33.8, 37.6 und 48.8;

bei Polen 80.5, 82.6 und 85.6; bei Deutschen 15.3, 10.9 und 14.1.

In Weißrußland haben im Jahre 1926 von 100 eheschließenden Männern fremde Frauen geheiratet: bei Juden 2.0; bei Russen 72.0; bei Polen 33.0; von 100 eheschließenden Frauen haben fremde Männer geheiratet: bei Juden 4.0; bei Russen 40.0; bei Polen 41.0.

Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß der Prozentsatz der jüdischen Mischehen in Rußland in dauerndem Steigen begriffen ist. Besonders stark ausgewachsen ist er in Großrußland, wo er im Jahre 1927 die kolossale Zahl von 27.2 erreicht hat, — eine Zahl, die zweimal so hoch ist, als die betreffende Zahl bei den Ukrainern und Deutschen für das gleiche Jahr. Die ukrainischen und weißrussischen Zahlen zeigen, daß mehr jüdische Frauen Nichtjuden heiraten als jüdische Männer nichtjüdische Frauen.

In der Ukraine sind im Jahre 1927 3092 jüdische Männer und 3087 jüdische Frauen geschieden worden. Von den 3092 geschiedenen Männern waren 236 (7.6 Proz.) mit nichtjüdischen Frauen verheiratet; von den 3087 geschiedenen Frauen waren 231 (7.5 Proz.) mit Nichtjuden verheiratet. Da der Prozentsatz der jüdischen Mischehen im Jahre 1927 in der Ukraine nur 4.8 bei den Männern und 5.1 bei den Frauen war, so ergibt sich, daß die Zahl der Ehescheidungen unter Mischehen anderthalb mal so groß ist wie die Zahl der Mischehen selbst.

In europäischem Rußland (ganz Rußland ohne den asiatischen Teil) sind im Jahre 1926 geschieden worden: 3939 jüdische Männer und 3749 jüdische Frauen, von denen 518 (13 Proz.) Männer mit nichtjüdischen Frauen und 328 (8.8 Proz.) Frauen mit Nichtjuden verheiratet waren.

Verzweifelte Lage der polnischen Judenheit

Deklaration des jüdischen Parlamentsklubs im Sejm

Warschau, 17. Januar. (JTA.) Im Verlauf der Hauptaussprache über die vom Ministerpräsidenten Bartel im Sejm verlesene Regierungserklärung ergriff der Sejndeputierte Hartglas das Wort, um im Namen des jüdischen Parlamentsklubs die folgende Deklaration zu verlesen.

Der Herr Ministerpräsident Bartel hat in seinem Exposee unter anderen Staatsangelegenheiten auch das jüdische Problem berührt, ist aber nur auf die Frage der jüdischen Religion und der jüdischen Gemeinden etwas eingegangen und hat in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß diese Angelegenheiten durch entsprechende Dekrete geregelt werden sollen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Frage der Organisation der jüdischen Gemeinden, besonders der in den Grenzgebieten, die auf ein totes Geleis geschoben wurde, jetzt eine endgültige Regelung erfordert, damit endlich das Gebäude der jüdischen Selbstverwaltung fertiggestellt werde. Die Frage der Gemeindesteuern wurde nicht geregelt, die Budgets wurden nicht bestätigt, es fehlt eine Regelung betreffend Wahl von Rabbinern. In Kongreß-Polen selbst wurden Neuwahlen nicht ausgeschrieben, obwohl die Geltungsdauer der bisherigen Gemeindeverwaltungen überschritten ist. Der im Gemeindegesetz vorgesehene religiöse Rat ist noch nicht in Funktion. Sollte die Regierung des Herrn Bartel all das im Sinne der jüdischen Forderung zur Erledigung bringen, wird sie sich die Anerkennung der jüdischen Bevölkerung erringen. Wir betonen aber mit aller Entschiedenheit, daß die Frage der jüdischen Gemeinden das jüdische Problem in Polen nicht erschöpft, es gibt Probleme, die mehr wehe tun.

Die wirtschaftliche Lage der jüdischen Bevölkerung ist eine verzweifelte, die im Lande herrschende Wirtschaftskrisis trifft besonders schwer die Juden, die aus den bisher von ihnen eingenommenen Positionen in Handel und Industrie — sei es in Gesellschaften privaten Charakters, die durch die Regierungsfaktoren toleriert werden, sei es in staatlichen Monopolzweigen, in den vom Staate eingerichteten Kartellen und in etatmäßigen Experimenten zur Hebung von Industrie und Handel — systematisch hinausgestoßen werden.

Die wirtschaftlich hinausgestoßenen Juden werden in keine Ämter oder Unternehmungen, die von der Regierung geleitet oder subventioniert werden, aufgenommen; nichts wird für die berufliche Umschichtung der verarmten jüdischen Massen getan, im Gegenteil, man erschwert den Juden den Zugang zu Landwirtschaft und zu physischer Arbeit bei den staatlichen und kommunalen Institutionen. Die Anstrengungen der jüdischen Gesellschaften für eine Berufsumschichtung der verarmten und ökonomisch hinausgestoßenen jüdischen Bevölkerung werden in keiner Weise unterstützt.

Die Steuerlasten werden nach wie vor in der Hauptsache auf die Schultern der wirt-

schaftlich ruinierten Juden geladen, und für das Geld, das man den Juden abnimmt, werden Institutionen errichtet, deren wesentliche Aufgabe es ist, eben die jüdischen Steuerzahler weiter dem Ruin entgegenzuführen.

Die antijüdischen Beschränkungen aus der Zarenzeit werden in der Praxis noch immer angewandt.

Auf dem Gebiete des jüdischen Schulwesens hat sich ebenfalls noch nichts zum Besseren gewendet. Im Gegenteil, es sind Anzeichen der Verschlechterung zu konstatieren. Nicht nur den jüdischen Studienwilligen im Inlande, sondern auch denjenigen jüdischen Studenten, die sich zum Medizinstudium nach dem Ausland begeben wollen, werden Schwierigkeiten bereitet.

Die jüdische Bevölkerung hat keine Elementarschulen mit jiddischer und hebräischer Unterrichtssprache (gemäß den kulturellen Bedürfnissen der Juden), die Zahl der jüdischen Lehrer in den Elementarschulen, die von jüdischen Kindern besucht werden, wird immer mehr reduziert, die entlassenen jüdischen Lehrer werden durch Nichtjuden ersetzt. Zu Schulen, die von nichtjüdischen Kindern besucht werden, haben jüdische Lehrer überhaupt keinen Zutritt. Dem jüdischen Fachschulwesen werden ungeheure Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Die Regierung gewährt den jüdischen Fachschulen keinerlei Stütze, sie streicht jene Budgetpositionen der Stadtverwaltungen, die für jüdische Bildungs- oder philanthropische Institutionen bestimmt sind.

Das Gesetz über die Zwangssonntagsruhe zwingt die ihrem Glauben anhängende jüdische Bevölkerung, zwei Tage in der Woche zu feiern, wodurch ihr Einkommen und ihre Konkurrenzfähigkeit gemindert werden.

Wir stellen mit Bedauern fest, daß in dem Exposee des Ministerpräsidenten auf diese traurige Lage der jüdischen Bevölkerung nicht mit einem Worte Bezug genommen wurde. Wir halten es für notwendig, gegenüber der jüdischen und der allgemeinen Öffentlichkeit im Lande, die wirtschaftliche Position des polnischen Judentums darzulegen, und erwarten, daß die Regierung die Notwendigkeit einsehen wird, sich ernstlich allen diesen Fragen zuzuwenden und das Notwendigste zu veranlassen, daß diese katastrophale Lage der jüdischen Bevölkerung beseitigt wird. Die geschilderten Zustände dürfen nicht länger andauern, sollte nicht auch dem Staate ernster Schaden daraus erwachsen.

Domäne
Die milde Zigarette